

# Der Vollzugsdienst

6/2011 - 58. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Nach der Kür die Pflicht –  
umfangreicher Tätigkeitsbericht –  
Neue Bundesleitung gewählt**

Ausrichtung für die nächste  
Wahlperiode festgeschrieben

Seite 5

**Sicherung eines  
zukunftsfähigen  
Vollzuges in Brandenburg**

Zeitgemäßes Vollzugskonzept aus  
der Sicht des BSBD

Seite 29

**5000 Hamburger Beamte  
protestieren rund um die  
Bannmeile des Rathauses**

Das „Weihnachtsgeld“  
wird dennoch gekürzt

Seite 39

## **38. Bundesgewerkschaftstag in Lahnstein „Behandlungsvollzug ist Bürgerschutz“**



**Lesen Sie im Fachteil: Berufsbild Werkdienst – Vollzugliches Arbeitswesen**

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Auf ein Wort zum Jahreswechsel
- 2 Zwischen Rhein, Wein und (Politik-)Gesang
- 5 Nach der Kür die Pflicht – Ausrichtung für nächste Wahlperiode festgeschrieben
- 6 Entschließung
- 8 Braucht Brandenburg tatsächlich einen Arrestneubau?

### LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 25 Bayern
- 26 Berlin
- 29 Brandenburg
- 33 Bremen
- 37 Hamburg
- 43 Hessen
- 49 Mecklenburg-Vorpommern
- 51 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 66 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 75 Sachsen
- 79 Sachsen-Anhalt
- 81 Schleswig-Holstein
- 82 Thüringen

### GRÜNE BLÄTTER

- 1-4 Berufsbild Werkdienst – Aufgabenstellung der Werkmeister im Landesbetrieb – Vollzugliches ArbeitsWesen (VAW)

Redaktionsschluss für die Ausgabe 1/2012:  
15. Januar 2012



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

- Bundvorsitzender:** Anton Bachl, 94315 Straubing, Königreichweg 24
- Stellv. Bundesvorsitzende:** Petra Gerken-Wolf, 28359 Bremen, Carl-Krohne-Straße 19  
Wolfgang Jänicke, 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38  
Friedhelm Sanker, 32052 Herford, Richard-Sprick-Weg 20 a  
Franz-Josef Schäfer, 54516 Wittlich, Fallerweg 9
- Schriftleitung:** Burghard Neumann, 14776 Brandenburg, Grüne Aue 19 a  
Tel.: 03381/660324 – Mobil: 0160/5080887  
Mail: [vollzugsdienst@bsbd.de](mailto:vollzugsdienst@bsbd.de)

#### Landesverbände

- Baden-Württemberg** Vorsitzender: Alexander Schmid  
Geschäftsstelle: 70182 Stuttgart, Moserstraße 26  
Tel.: 0711/2599871, Fax: 0711/2599872  
[bsbd.bawue@t-online.de](mailto:bsbd.bawue@t-online.de)
- Bayern** Vorsitzender: Anton Bachl  
94315 Straubing, Königreichweg 24
- Berlin** Vorsitzender: Thomas Goiny  
10629 Berlin, Mommsenstraße 58  
[mail@bsbd-berlin.de](mailto:mail@bsbd-berlin.de) – [www.bsbd-berlin.de](http://www.bsbd-berlin.de)
- Brandenburg** Vorsitzender: Willi Köpke  
12689 Berlin, Geraer Ring 7  
Geschäftsstelle: 14776 Brandenburg a. d. H., Grüne Aue 19 a
- Bremen** Vorsitzender: Werner Fincke  
JVA Bremen, Sonnemannstraße 2, 28239 Bremen  
Tel.: 0179/5478117
- Hamburg** Vorsitzender: Klaus Neuenhüsges  
22846 Norderstedt, Bunsengang 17  
Tel.: 0170/3590555, Fax: 040/5263505,  
[www.lvhs-hamburg.de](http://www.lvhs-hamburg.de) – [klaus@neuenhuesges.de](mailto:klaus@neuenhuesges.de)
- Hessen** Vorsitzende: Birgit Kannegießer
- Mecklenburg-Vorpommern** Vorsitzender: Helmut Halwachs  
18246 Bützow, Ziegelhofweg 4
- Niedersachsen** Vorsitzender: Uwe Oelkers  
37154 Northeim, Plessering 6
- Nordrhein-Westfalen** Vorsitzender: Peter Brock  
41236 Mönchengladbach, Friedhofstraße 118  
Geschäftsstelle: 40476 Düsseldorf, Ulmenstraße 23
- Rheinland-Pfalz** Vorsitzender: Winfried Conrad  
56112 Lahnstein, Rheinhöhenweg 6
- Saarland** Vorsitzender: Markus Wollscheid  
66687 Wadern-Morscholz, Dagstuhlerstraße 101
- Sachsen** Vorsitzender: Hans-Peter Mutscher  
01127 Dresden, Hammerweg 30
- Sachsen-Anhalt** Vorsitzender: Uwe Bülau  
JVA Halle III, 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38
- Schleswig-Holstein** Vorsitzender: Michael Hinrichsen  
24837 Schleswig, Königswiller Weg 26  
Tel.: (d) 04621/809-500, Fax: (d) 04621/809504  
[mail \(d\) Michael.Hinrichsen@jasl.landsh.de](mailto:mail(d)Michael.Hinrichsen@jasl.landsh.de)  
Tel.: (p) 04621/994200, Mobil (p) 0162/1005818  
[mail \(p\) hinrichsen@bsbd-sh.de](mailto:mail(p)hinrichsen@bsbd-sh.de)
- Thüringen** Vorsitzender: Gerd Schulz  
07958 Hohenleuben, Gartenstraße 4

## Zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr!

**Liebe Kollegin!**  
**Lieber Kollege!**

Nach der Übernahme des Vorsizes des **BSBD**-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen wende ich mich erstmals an Sie. Ich wünsche Ihnen zunächst ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches sowie in privat-familiärer und beruflicher Hinsicht erfolgreiches Jahr 2012. Auf die in unserer Mitgliederzeitschrift „Der Vollzugsdienst“ vorgestellten Themen haben Sie mit vielen Zuschriften reagiert. Für dieses Interesse an der Arbeit unserer Gewerkschaft danke ich Ihnen ganz herzlich.

In einer Zeit mit sehr komplexen, für den Einzelnen kaum mehr zu durchschauenden Rahmenbedingungen ziehen sich viele Menschen in die Individualität zurück. Diese Entwicklung ist auch für gewerkschaftliche Interessenvertretungen spürbar. Obwohl diese Haltung verständlich ist, müssen wir uns ihr im eigenen Interesse dennoch entgegen stemmen. Andersfalls würden wir die Möglichkeit aufgeben, Einfluss auf den Strafvollzug selbst, auf die Gestaltung unserer Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt auch die finanzielle Dotation unserer Arbeit auszuüben. Wenn uns die Erfahrungen des sich neigenden Jahres eines lehren, dann dies: *Wir müssen uns mehr einmischen, mehr engagieren! Hierzu lade ich Sie herzlich ein. Beteiligen Sie sich an den innergewerkschaftlichen Diskussionsprozessen, damit wir die richtigen Themen aufgreifen und die richtigen gewerkschaftlichen Schwerpunkte setzen.*

### Ist unser Lebensstandard bedroht?

Ein schwieriges Jahr mit ambivalenten Erfahrungen geht zu Ende. Einerseits hatten die Arbeitnehmer mit Lohnsteigerungen oberhalb der Inflationsrate erstmals wieder reale Einkommensverbesserungen zu verzeichnen, andererseits verursacht die Eurokrise erhebliche Ängste und Risiken. So ist zu befürchten, dass der deutsche Steuerzahler die Hauptlast des finanziellen Missmanagements der europäischen Staaten tragen müssen. Klar ist jedenfalls, dass die Krise nicht allein durch Sparen in den Griff zu bekommen ist. Schließlich sind in den Krisenstaaten Investitionen erforderlich, um die daniederliegende Wirtschaft wieder ans Laufen zu bringen. Ansonsten drohen auch in Europa soziale Unruhen und Konflikte, wie wir sie längst überwunden glaubten.

Wenn es der Politik nicht gelingt, sich ihr einstiges Primat zur Gestaltung der Finanzwirtschaft zurück zu erkämpfen, dann werden ganze Volkswirtschaften zu Spielbällen der Märkte verkommen. Diese Bedrohung ist sehr real, auch wenn sie noch nicht für jeden von uns spürbar ist.

Es bleibt zu hoffen, dass Deutschland an seiner Stabilitätspolitik festhält und sich nicht zu einer Politik des billigen Geldes hinreißen lässt. Wenn Europa einfach die Geldpresse anwirft, um die Überschuldung durch ein Mehr an Inflation in den Griff zu bekommen, dann leiden vorrangig die abhängig Beschäftigten unter einer solchen Entwicklung. Der Lebensstandard der gesellschaftlichen Mehrheit geriete ernsthaft in Gefahr. Seit mehr als zehn Jahren haben die Arbeitnehmer bei



Peter Brock

ihren Einkommen Verzicht geübt. Speziell die deutsche Wirtschaft hat hierdurch und durch die Schaffung fragwürdiger Arbeitsverhältnisse ihre Wettbewerbsfähigkeit erheblich verbessert, so dass die Einkommen aus selbständiger Arbeit geradezu explodiert sind. Die gesellschaftliche Verteilung des Vermögens hat sich dadurch derart dramatisch verändert, dass man mit Fug und Recht behaupten kann: Es geht nicht mehr gerecht zu in unserer Gesellschaft.

### Wie sieht es in Nordrhein-Westfalen aus?

Alein in unserem Land haben wir Schulden von weit mehr als 100 Milliarden Euro aufgetürmt, für die jährlich annä-

hernd 5 Milliarden Euro allein an Zinsen aufgebracht werden müssen. Dies ist fast siebenmal so viel Geld, wie der Strafvollzug an jährlichen Kosten verursacht. Der Handlungsspielraum der Politik nimmt dadurch immer mehr ab.

Am 08. Dezember hat der nordrhein-westfälische Landtag ein Milliardenprogramm zur Sanierung der Kommunen auf den Weg gebracht. Auch dieses Geld steht für andere Aufgaben nicht mehr zur Verfügung. Angesichts dieser eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten ist es dringend erforderlich, die Interessen der Strafvollzugsbediensteten schlagkräftig, nachdrücklich und argumentativ überzeugend zu vertreten, damit wir mit unseren Anliegen weder überhört noch übersehen werden.

Unmittelbar nach der Wahl der neuen Landesleitung haben wir die Gespräche mit der Politik und der Administration aufgenommen. Erlauben Sie mir, einige Problembereiche konkret anzusprechen. Der erste Entwurf der neuen Arbeitszeit- und Dienststundenregelung liegt auf dem Tisch. Trotz aller fachlichen Einwendungen und aus praktischer Sicht begründeter Proteste will das Justizministerium an der Anrechnung krankheitsbedingter Ausfallzeiten bei geplantem Dienst an Wochenenden und an der Regelung, lediglich ein Plus von 41 Stunden in den nächsten Monat übertragen zu können, festhalten. Positiv ist allerdings, dass es keine Sieben-Tage-sieben-Nächte-Woche geben wird; auch soll ein Verbindlichkeitszeitraum von 14 Tagen bei der Dienstplanung eingeführt werden.

Das leidige Thema Dienstkleidung liegt vielen sehr am Herzen. Die Dienstkleidungsverordnung ist nach Einschätzung des **BSBD** vor allem in Bezug auf die Bezahlung verbesserungsbedürftig. Hierzu haben wir gegenüber dem Justizministerium eine Rechnung aufgemacht, die unterm Strich in den nächsten Jahren sogar zu Einsparungen für das Land Nordrhein-Westfalen führen kann.

In dieser Hinsicht erwarten wir in Kürze eine positive Reaktion des Justizministeriums. Wir streben in letzter Konsequenz an, dass den Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes – genau wie dem Polizeivollzugsdienst – die Dienstkleidung unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Hierin sehen wir das geeignete Instrument, eine einheitliche, ansprechende Dienstkleidung zu schaffen, die allen Anforderungen gerecht wird.

## Bei der Einführung des neuen Beurteilungssystems muss es gerecht zugehen!

Ein weiterer Punkt ist die Einführung einer neuen Beurteilungsrichtlinie für den gesamten Bereich der Justiz. Da alle Bediensteten eine neue Beurteilung erhalten sollen, bedarf es noch sachgerechter Überleitungsregelungen, um das bisherige Notensystem in das neue Punktesystem übernehmen zu können. Das Justizministerium beabsichtigt, diese Entscheidungen den einzelnen Dienststellen zu überlassen.

Der **BSBD** sieht ein solches Vorgehen als nicht praktikabel und nicht umsetzbar an, weil ausdrücklich eine einheitliche Regelung erforderlich ist, um den berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen an einer gerechten Überleitung in das neue System Geltung zu verschaffen. Wenn es bei der Überleitung nicht gerecht zugeht, sind erhebliche Unruhe und Unzufriedenheit im Kreis der Betroffenen zu befürchten. Speziell eine beabsichtigte Absenkung des bisherigen Notengefüges kann und darf nicht nur auf einzelne Bedienstete, sondern muss zwingend auf die gesamte Beurteilungsgruppe angewandt werden.

## Landesregierung sollte das neu erworbene Vertrauen nicht gefährden

Bislang hat die Landesregierung besonders durch die rasche Überleitung des Tarifergebnisses 2011 auf den Beamtenbereich wieder Vertrauen bei den öffentlich Beschäftigten schaffen können. Nach Informationen aus Kreisen der Landesregie-

Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag. Mit der Novellierung des Personalvertretungsgesetzes hat sie Glaubwürdigkeit bewiesen. Jetzt muss mit der Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulage“ und deren Erhöhung der nächste Schritt gemacht werden. Das Gleiche gilt für die Rücknahme der Kürzungen beim „Weihnachtsgeld“. Eine Angleichung an die Regelung des Bundes hält der **BSBD** für sachgerecht, unerlässlich und zwingend geboten. Zur Realisierung dieser Forderungen benötigen wir aber auch Ihre Unterstützung und Mithilfe.

## Personalratswahlen sind ein wichtiger Indikator

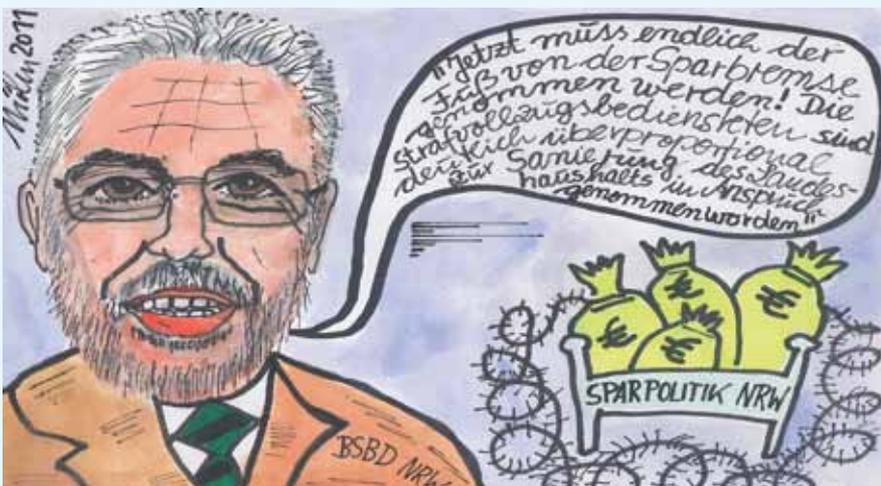
Im kommenden Jahr finden die Personalratswahlen statt. Der Termin wurde auf den **14. Juni 2012** festgesetzt. Unsere gewerkschaftliche Bedeutung und Durchsetzungsfähigkeit in Verhandlungen mit der Politik wird durch das Ergebnis der Personalratswahlen nachhaltig beeinflusst werden. Deshalb bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung. Nutzen wir gemeinsam die optimalen Organisationsstrukturen unserer Gewerkschaft, um unsere Interessen wirksam zu vertreten. Anders als in Großorganisationen schreibt uns im **BSBD** kein Funktionär und kein Berufsfremder vor, welche Forderungen aufgestellt und gegenüber der Politik vertreten werden sollen. In Großorganisationen sind die spezifischen Interessen von Berufsgruppenminderheiten, wie wir sie im Strafvollzug antreffen, noch nie gut aufgehoben gewesen, weil sie sich dort – dies hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen – nicht durchsetzen lassen. Wir sollten uns dem Wahlkampf selbstbewusst und engagiert stellen, damit wir die Kolleginnen und Kollegen in den Vollzugseinrichtungen von unserer Schlagkraft und Wirksamkeit überzeugen können. Wir haben gemeinsame Interessen und Anliegen, lassen Sie uns diese gemeinsam und solidarisch gegenüber der Politik vertreten, dann werden wir auch gemeinsam erfolgreich sein.

Die berufspolitischen Erfolge des **BSBD** der zurückliegenden Jahre gestatten es – trotz negativer Rahmenbedingungen – doch mit Zuversicht und Perspektive auf die kommenden Jahre zu blicken. Dabei sehen wir es als wesentliche Aufgabe an, mit zu verhindern, dass der öffentliche Dienst in so eklatanter Weise, wie in den zurückliegenden Jahren, von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt

bleibt. Der **BSBD** wird dafür eintreten, dass den Beschäftigten im Vollzug im Rahmen der Dienstrechtsreform jene beruflichen Perspektiven eröffnet werden, die von der Bedeutung des Strafvollzuges her und aufgrund der konkreten Aufgabenwahrnehmung leistungsangemessen und geboten sind. Hiervon verspricht sich der **BSBD** eine Steigerung der Arbeitsmotivation ebenso wie die Verbesserung der Effektivität des Strafvollzuges insgesamt. Zur Erreichung der angestrebten Ziele müssen wir solidarisch zusammenstehen.

Ihnen allen wünsche ich ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen glücklichen Übergang ins neue Jahr 2012. Gleichzeitig wünsche ich uns allen Gesundheit, Kraft und Ausdauer, nicht weniger aber eine pragmatische und realistische Sicht für das jeweils Machbare.

Zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr bin ich mit allen guten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familien  
Ihr/Euer **Peter Brock**



BSBD-Grafik: Möbis

rung soll die Dienstrechtsreform nun nicht so schnell realisiert werden wie ursprünglich geplant. Viele Maßnahmen im Besoldungs- und Strukturbereich hat die Regierung allerdings mit der Dienstrechtsreform verbunden. Um das „zarte Pflänzchen“ des aufkeimenden Vertrauens nicht zu gefährden, ist die Landesregierung gut beraten, diese Maßnahmen zeitnah zu realisieren.

Zu nennen ist die Rücknahme der Kürzungen der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld), die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulage“ und deren Anhebung auf die Höhe der Polizeizulage, die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden und die Erhöhung der Stellenobergrenzen in allen Laufbahnen des Vollzuges.

Gemeinsam mit dem **DBB** wird der **BSBD** dafür streiten, dass diese berechtigten und teilweise bereits von der Landesregierung anerkannten gewerkschaftlichen Forderungen auch tatsächlich durchgesetzt und realisiert werden. Von der Landesregierung erwartet der **BSBD** zunächst die Einlösung der

BSBD-Gewerkschaftstag 2011 in Düsseldorf

## „Strafvollzug stärken – Bürgerschutz verbessern“

**M**ehr als 350 Delegierte aus allen Vollzugseinrichtungen des Landes diskutierten am 13./14. Oktober 2011 die künftige personelle und inhaltliche Ausrichtung der BSBD-Gewerkschaftsarbeit. Peter Brock (Rheinbach), einziger Kandidat für den Gewerkschaftsvorsitz, konnte sich über ein herausragendes Wahlergebnis freuen. Annähernd 95 Prozent der Delegierten sprachen ihm das Vertrauen aus. „Dieses Resultat“, erklärte der neue Vorsitzende, „ist für mich Ermutigung und Beleg für das hohe Maß an gewerkschaftlicher Solidarität der großen Gewerkschaftsfamilie des BSBD. Auf dieser Grundlage des solidarischen Zusammenstehens werden wir gemeinsam die vor uns liegenden Herausforderungen der Zukunft im Interesse der Kolleginnen und Kollegen erfolgreich bestehen!“ In der öffentlichen Veranstaltung hatte Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) die Festansprache gehalten. Für die im Landtag vertretenen Parteien nahmen die Landtagsabgeordneten Sven Wolff (SPD), Peter Biesenbach (CDU), Dagmar Hanses (Grüne) und Angela Freimuth (FDP) die Gelegenheit wahr, die Auffassungen und Ansichten ihrer Fraktionen zum Strafvollzug zum Ausdruck zu bringen und darzulegen.



Landesvorsitzender Klaus Jäkel eröffnete den BSBD-Gewerkschaftstag in Düsseldorf und sprach in seinem Statement die drängenden Probleme des Strafvollzuges an.



Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) legte den Delegierten dar, dass die rot-grüne Landesregierung sowohl beim Personal als auch hinsichtlich der Gestaltung des Vollzuges politische Schwerpunkte setzen will.

Justizminister **Thomas Kutschaty (SPD)** eröffnete seine Rede mit einem Rückblick auf die Geschichte der deutschen Gewerkschaften, um dann auf die Zusammenarbeit mit dem **BSBD** zu sprechen zu kommen. Diese Zusammenarbeit sei durch das Ziel geprägt, Interessensgegensätze im Konsens zu lösen. „Und so begreife ich auch die Zusammenarbeit zwischen **BSBD** und Justizministerium als eine von gegenseitigem Respekt getragene Sozialpartnerschaft zugunsten der im Strafvollzug tätigen Kolleginnen und Kollegen“, umriss der Minister die Grundlage der langjährigen Kooperation.

### Den Bediensteten wertschätzend begegnen

Mit der Wiederherstellung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen und der faktischen Rücknahme der „schwarz-gelben Reform“ von 2007 verfolge die Landesregierung das Ziel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Hierdurch solle das tatkräftige Engagement gefördert werden, was er als unverzichtbar ansehe. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden,

sondern sich mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen einbringen können. Dies sei ein besonderes Anliegen der Landesregierung, das er nachdrücklich unterstütze.

Das Motto des Gewerkschaftstages „Strafvollzug stärken – Bürgerschutz verbessern“ decke sich mit seinen rechtspolitischen Zielen für einen modernen Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen. Um in diesem Bereich zu der gebotenen Fortentwicklung des Vollzuges zu gelangen, sei zunächst der Blick auf die spezifische Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu richten. So sei die Demografie nicht ohne Auswirkungen für das Personalgefüge. Dies mache ein leistungsfähiges Gesundheitsmanagement erforderlich, um den körperlichen und seelischen Belastungen angemessen zu begegnen. Dies, so **Minister Kutschaty**, sei nicht nur ein Gebot der Wertschätzung, sondern diene gleichzeitig dem Erhalt der Arbeitsfähigkeit.

Die Landesregierung habe es dabei aber nicht belassen. Während die Vorgängerregierung von Schwarz-Gelb in Haftplätze investiert habe, „haben wir mit dem Haushalt 2011 150 Planstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes sowie 50 Stellen für den psychologischen und Sozialdienst zur Verbesserung der Betreu-

ung der Gefangenen neu eingerichtet“, betonte **Justizminister Kutschaty**.

Nach Auffassung des Justizministers ist es allein mit Personalverstärkungen aber nicht getan. Das Ministerium arbeite deshalb an einem ganzheitlichen Vollzugskonzept, um die Leistungsfähigkeit der Vollzugsanstalten zu stabilisieren und weiter auszubauen. Das Konzept zielt auf ein modernes Behandlungsangebot ab, mit dem die durch die Straftaten zum Ausdruck gekommenen Defizite behoben werden sollen. Dabei sei die Behebung sozialer und psychischer Fehlentwicklungen ebenso wichtig, wie auch die Anpassung der beruflichen Qualifizierung von Straftätern an die sich rasch verändernden Bedingungen des freien Arbeitsmarktes. Eine sehr prominente Rolle müsse dabei ein zielgerichtetes Übergangsmanagement spielen und auch der Anleitung zu sinnvollem Freizeitverhalten komme kriminalpräventive Bedeutung zu.

Mit dem ganzheitlichen Konzept strebt die Landesregierung die spürbare Senkung der Rückfallquoten an und sieht darin den besten Schutz der Gesellschaft vor weiteren Straftaten. Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit sieht **Justizminister Thomas Kutschaty (SPD)** dringenden



**MdB Peter Biesenbach, stv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, entwickelte sehr kenntnisreich die Vorstellungen seiner Fraktion über die künftige Weiterentwicklung des Strafvollzuges. Dabei machte er auch abweichende Positionen zur derzeitigen Regierungspolitik deutlich.**



**MdB Sven Wolf, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, bekräftigte die Auffassung seiner Fraktion, dass die Privatisierung vollzuglicher Aufgaben für die neue Landesregierung derzeit keine Handlungsoption darstelle.**

Handlungsbedarf: „Der Vollzug muss heraus aus der Defensive; er darf nicht automatisch und immer wieder nur zur Zielscheibe einer skandalbegierigen Medienöffentlichkeit werden.“

Der Minister bekannte sich auch dazu, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber die Risiken des Vollzuges definitiv zu benennen. Vollzugliche Entscheidungen seien Einschätzungssache, denen Risiken immanent seien. Die Tragfähigkeit vollzuglicher Behandlungsmaßnahmen müsse noch während der Haft überprüft werden. Dabei gelte es, Lockerungsentscheidungen sorgfältig vorzubereiten und verantwortungsvoll zu treffen. Letzte Gefährdungen könnten allerdings naturgemäß nicht ausgeschlossen werden.

### **Peter Brock neuer Vorsitzender der Gewerkschaft Strafvollzug**

Nachdem der bisherige Vorsitzende **Klaus Jäkel** sich nicht erneut zur Wahl stellte und sein Stellvertreter **Alfred Ludemann** ebenfalls für eine Wiederwahl

nicht zur Verfügung stand, war die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden von Kontinuität und Erneuerung geprägt. Wiedergewählt wurden **Wolfgang Römer** (Hemer), **Friedhelm Sanker** (Herford) und **Theo Wiczorek** (Wuppertal). Neu zogen **Ulrich Biermann** (Bielefeld) und **Heinz-Georg Klein** (Köln) in die **BSBD**-Landesleitung ein. Sowohl **Klaus Jäkel** als auch **Alfred Ludemann** wurden für ihre herausragenden Verdienste um die **BSBD**-Gewerkschaftsarbeit durch den Gewerkschaftstag zu Ehrenmitgliedern des **BSBD** ernannt.

### **Klaus Jäkel wurde würdig verabschiedet**

Die Leistungen des scheidenden **BSBD**-Chefs **Klaus Jäkel** würdigte der stv. Landesvorsitzende **Friedhelm Sanker**. Er wies drauf hin, dass **Klaus Jäkel** seine Arbeitskraft in den zurück liegenden Jahren überwiegend dem fairen Interessenausgleich zwischen Administration und den Kolleginnen und Kollegen gewidmet

und dabei beachtliche Leistungen erzielt habe. Als Vorsitzender der Personalvertretung der JVA Bielefeld-Senne, später als Vorsitzender des Bezirkspersonalrates und derzeit als Vorsitzender des Hauptpersonalrates Strafvollzug hat sich der Gewerkschafter als ehrlicher Makler der Kolleginnen und Kollegen bewiesen. **Klaus Jäkel** hat sich durch seine Gradlinigkeit und Kalkulierbarkeit besondere Wertschätzung erworben. Diese Wesensmerkmale haben ihn zu einem kenntnisreichen Gesprächspartner und durchsetzungsstarken Vertreter für die Anliegen des Strafvollzuges gemacht.

Dass **Klaus Jäkel** wegen der Direktheit mit der er auch „heiße Eisen“ anzufassen pflege, zu einem unbequemeren Verhandlungspartner werden kann, hat der ein oder andere erfahren müssen. Dabei geht es ihm stets um die Sache, nicht jedoch um die Pflege von Vorurteilen. Die Kraft und die Ausstrahlung seiner Persönlichkeit, erläuterte **Sanker**, seien es, die die Strafvollzugsbediensteten und seine Verhandlungspartner überzeugt hätten. Mit



**MdB Dagmar Hanses, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/die Grünen, sieht die rot-grüne Landesregierung im Bereich des Strafvollzuges gut aufgestellt, weil ein wertschätzender Umgang mit den Bediensteten gepflegt werde.**



**MdB Angela Freimuth, Vizepräsidentin des Landtags, präsentierte die Haltung der FDP-Fraktion zum Strafvollzug. Die Befürchtungen der Delegierten, ihre Partei könne auch im Strafvollzug noch immer Privatisierungsvorstellungen anhängen, vermochte sie nicht gänzlich zu zerstreuen.**



**Meinolf Guntermann, Chef von dbb-NRW, forderte die Landesregierung nachdrücklich auf, bei der Sonderzuwendung zu handeln und die Kürzungen der zurückliegenden Jahre zurückzunehmen.**



**BSBD-Bundesvorsitzender Anton Bachl kritisierte den mangelnden politischen Willen, für den Bereich des Strafvollzuges auch haushaltsmäßig politische Prioritäten zu setzen: „Wer einen Aufgabenzuwachs beschließt, der muss die notwendigen finanziellen Konsequenzen tragen. Den Kopf in den Sand zu stecken, ist nicht die Lösung des Problems.“**

seinem Kenntnis- und Ideenreichtum hat **Klaus Jäkel** den Interessen der Strafvollzugsbediensteten Gesicht und Stimme gegeben.

Bei all seinem Tun und Handeln habe sich **Jäkel** von einem humanistisch geprägten Menschenbild leiten lassen. Jedem habe er im Rahmen seines Einflussbereiches Chancen eröffnet. „Mit **Klaus Jäkel** konnten sich die Strafvollzugsbediensteten auf einen hartnäckigen und durchsetzungsfähigen Fürsprecher und Promoter verlassen“, würdigte **Sanker** die besonderen Leistungen **Jäkels** und überreichte ihm ein Präsent als Anerkennung für seinen ehrenamtlichen Einsatz für den **BSBD**.

### Gewerkschaftsarbeit neu ausgerichtet

Die Delegierten des Gewerkschaftstages hatten ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu absolvieren. Weit mehr als 150

Anträge zum Tarifrecht, zum Besoldungs- und Versorgungsrecht, zur Personalsituation sowie zur Fortentwicklung eines effizienten Strafvollzuges lagen den über 350 Delegierten der Ortsverbände zur Beratung vor. Mit großer Einmütigkeit wurden die Anträge diskutiert und verabschiedet. Dem Landesvorstand wurde damit eine konkrete Handlungsanweisung für die Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit während der neuen Wahlperiode an die Hand gegeben. Dabei wurden die Anträge der Fachschaftsvertretungen des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Werkdienstes und des Krankenpflagedienstes mit großer Mehrheit verabschiedet, die sich mit der künftigen Gestaltung dieser Laufbahnen befassen.

Durch die zahlreichen Anträge zog sich wie ein roter Faden die Auffassung, dass es mit der Zeit des Sparens endgültig ein Ende haben müsse. In den zurückliegenden zehn Jahren haben die Strafvollzugsbediensteten untere Berücksich-

tigung der vorgenommenen Arbeitszeitverlängerung einen Einkommensverlust von real mehr als 15 Prozent hinnehmen müssen. „Jetzt muss endlich der Fuß von der Spurbremse genommen werden. Die Strafvollzugsbediensteten sind deutlich überproportional zur Sanierung des Landeshaushalts in Anspruch genommen worden. Es ist endlich an der Zeit, dass auch die ‚starken Schultern‘ ihren Solidarbeitrag erbringen!“, fasste der neue **BSBD**-Vorsitzende die Stimmung des **BSBD**-Gewerkschaftstages zusammen. Auch die gegenwärtige Finanzkrise, die sich zu einer veritablen Wirtschaftskrise ausweiten könnte, so **Brock**, könne nicht als Totschlagargument der Politik akzeptiert werden, die berechtigten Interessen der Strafvollzugsbediensteten noch länger zu ignorieren. „Wir werden zunächst gemeinsam mit dem **dbb nrw** von der Politik die Rücknahme der Kürzung des „Weihnachtsgeldes“ verlangen. Erste Signale der im Landtag vertretenen Parteien stimmen uns positiv, dass wir dieses Ziel zumindest mittelfristig auch erreichen können“, bewertete **BSBD**-Chef **Peter Brock** die aktuelle Lage.

### Spürbare Aufbruchstimmung beim Gewerkschaftstag

Der Düsseldorfer **BSBD**-Gewerkschaftstag war geprägt von einer spürbaren Aufbruchstimmung und der Zuversicht, dass der **BSBD** auch künftig die berechtigten Interessen der Strafvollzugsbediensteten wirksam vertreten wird. Den Delegierten vermittelte sich überzeugend der Eindruck, beim **BSBD** seien die Interessen des Strafvollzuges und der Strafvollzugsbediensteten in guten Händen. Der neuen Landesleitung wurde durch den Gewerkschaftstag der dringliche Auftrag übertragen, für eine aufgabenangemes-



**Blick auf die Ehrengäste des BSBG-Gewerkschaftstages.**

sene Personalausstattung sowie für ausgeglichene, leistungsorientierte Besoldungsstrukturen mit dem gebotenen Nachdruck zu streiten und einzutreten. Von Düsseldorf geht die eindeutige Botschaft aus, dass sich die Strafvollzugsbediensteten nicht mehr mit Beschwichtigungsargumenten hinhalten lassen wollen. Zu oft schon sind hehren Worten keine entsprechenden Taten gefolgt, was durchaus zu einer skeptischen Einstellung der Strafvollzugsbediensteten gegenüber den Aussagen von Politikern beigetragen hat.

### **BSBD-Landesleitung hat sich konstituiert**

Recht bald nach dem Gewerkschaftstag konstituierte sich die **BSBD-Landesleitung** und legte die gewerkschaftlichen

wertung der Anträge aus, weil es gelte, notwendige Prioritäten zu bestimmen und dem Mitgliederwillen die notwendige Geltung zu verschaffen. Um diesen Respekt vor den Arbeitsaufträgen des Gewerkschaftstages zu dokumentieren, übernahm **Peter Brock** selbst die Leitung der Arbeitsgruppe.

Verabschiedet wurden zudem die Geschäftsordnungen für den Landesvorstand, den Landesausschuss, die Ortsverbände und die Bezirkssprecher. Damit ist der organisatorische Handlungsrahmen für die **BSBD-Mandatsträger** auf allen Ebenen der Gewerkschaft Strafvollzug definitiv bestimmt.

Bestimmende Themen der konstituierenden Sitzung waren der Sport der Justizvollzugsbediensteten, der mit einer modifizierten Allgemeinverfügung des

nach dem bisherigen System erteilt worden sind, in die künftige Notenstruktur.

Der **BSBD** sieht noch einen hohen Handlungs- und Informationsbedarf bei der Gewährleistung einheitlicher Wertmaßstäbe. Schließlich bleiben Beurteilungen auch dann subjektive Werturteile, wenn die Benotungen auf ein scheinbar objektiveres Punktesystem umgestellt werden. Gerade dieser Gesichtspunkt ist für die Kolleginnen und Kollegen von besonderer Bedeutung, wenn sie sich behördenübergreifend um Beförderungsämter bewerben wollen. Der **BSBD** wird in dieser Hinsicht strikt darauf achten, dass die Rechte und Interessen der Kolleginnen und Kollegen in diesem Prozess gewahrt werden. Das Streben nach Chancengleichheit für alle Kolleginnen und Kollegen sieht der **BSBD** als eine herausragende Führungsaufgabe der Behördenleitungen an, die unmittelbaren Einfluss auf das jeweilige Betriebsklima in den Vollzugseinrichtungen hat.

### **Neue Dienstbekleidung mit halbherziger Lösung**

In Bezug auf die neue Dienstkleidung der Justiz machte **BSBD-Chef Brock** darauf aufmerksam, dass insgesamt eine nur halbherzige Problemlösung gefunden worden sei. Sachgerechter wäre es gewesen, den **BSBD-Vorschlag** zu realisieren, statt der Beschaffung einer Dienstkleidung auf Zuschussbasis eine landeseigene Uniform einzuführen. Hiermit hätte erstmals im Vollzug ein einheitliches Erscheinungsbild garantiert werden können. Bei einer Zuschussregelung dürften etliche Uniformträger permanent auf der Suche nach kostengünstigen Alternativen für verschleißanfällige Dienstkleidungsstücke sein. Abgesehen von der Umstellungsphase würden sich auch Kosten reduzieren lassen, wenn die Strukturen der Polizei auch für die Justiz genutzt werden könnten. Der Vorsitzende legte der Landesleitung umfangreiche Berechnungen vor, die belegen, dass die Realisierung dieses Vorschlages bei gleichzeitiger Streichung des Dienstkleidungszuschusses eine in finanzieller Hinsicht vertretbare Regelungsalternative darstellt. Dieses für Strafvollzugsbedienstete so sehr emotionsbeladene Thema wird der **BSBD** nochmals aufgreifen, um nach Lösungsmöglichkeiten für die dargestellten Positionen in Verhandlungen mit der Politik zu suchen.

## **Wahl der Landesvorstandes**

Landesvorsitzender:	<b>Peter Brock</b> (Rheinbach)
Stv. Landesvorsitzende:	<b>Ulrich Biermann</b> (Bielefeld), <b>Heinz-Georg Klein</b> (Köln), <b>Wolfgang Römer</b> (Wuppertal), <b>Friedhelm Sanker</b> (Herford), <b>Theodor Wieczorek</b> (Wuppertal)
Schriftführer:	<b>Jörg Winkens</b> (Heinsberg)
Schatzmeister:	<b>Helmut Gülpen</b> (Heinsberg)
Tarifvertreter:	<b>Andrea Krehl</b> (Fröndenberg), <b>Erwin Rosengart</b> (Dortmund)
Bezirkssprecher:	<b>Peter Buschmeier</b> (Ost), <b>Detlef Börner</b> (Mitte), <b>Horst Butschinek</b> (West), <b>Rolf Oelke</b> (Süd)
Beisitzer:	<b>Rainer Fregonese</b> (Bochum), <b>Harald Neuhaus</b> (Heinsberg), <b>Ulrich Thimm</b> (Euskirchen), <b>Gerd Schmalz</b> (Geldern), <b>Wolfgang Sonnenschein</b> (Bochum), <b>Guido Schäferhoff</b> (Werl)
Landesjugendsprecher:	<b>Daniel Kayzers</b> (Geldern)
Vertreterin für Frauenfragen:	<b>Heike Hertel</b> (Iserlohn)

Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Wochen und Monate fest. Einmütig votierte die Landesleitung für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Sichtung der auf dem Gewerkschaftstag verabschiedeten Anträge. Der Vorsitzende sprach sich für eine akribische Aus-

Justizministeriums neu geregelt werden wird, die Neufassung der Beurteilungsrichtlinien und die Neuregelungen der Dienstkleidungsvorschrift. Besonders breiten Raum nahmen die Beurteilungsvorschriften ein. Dringend einer Klärung bedarf die Überleitung der Noten, die

Besuchen Sie uns im Internet

**www.bsbd-nrw.de**

# Impressionen vom BSBD- Gewerkschaftstag 2011





## Am „Rande“ des Gewerkschaftstages

Büchertisch zur Erinnerung an den 2007 verstorbenen Kollegen Heinrich Hohlfeld

„Das hatten wir noch nie!“ oder aber „Das sind je alles Bücher über Preußen“, „Dass Heinrich ein solcher Preußen-Fan war, habe ich gar nicht gewusst“, so oder ähnlich lautete manche Äußerung von Kolleginnen und Kollegen, die den am Rande des Gewerkschaftstages aufgebauten Büchertisch mit umfassender Preußen-Literatur in Augenschein nahmen.



Die rund 70 Bände stammten allesamt aus dem Nachlass des 2007 in Burg b. Magdeburg verstorbenen ehemaligen **BSBD**-Landesschatzmeisters und späteren Sozialreferenten **Heinrich Hohlfeld**. In Gesprächen erinnerten sich insbesondere die lebensälteren Kolleginnen und Kollegen gern an die von unserem Altvorderen veranstalteten Kultur- und Informationsreisen, wobei die „Berlin-Seminare“ einen besonders hohen Stellenwert hatten, während die Jüngeren wiederum fragten, auf das Foto von **Heinrich Hohlfeld**weisend: „Ist das nicht jener Kollege, der, wenn es Sonderausgaben zu bewältigen galt, häufig erklärt haben soll: da muss ich erst einmal in meinen Einmachgläsern nachschauen, ob das auch finanziert werden kann!“ Und es wurde finanziert.

Die Erinnerung an einen Mann, der die Gewerkschaftsarbeit des **BSBD** mehr als vierzig Jahre maßgebend mitgeprägt hat und dessen unermüdlichem Einsatz die Strafvollzugsbediensteten die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage mit zu verdanken haben, ist ungebrochen. Gleichwohl überrascht zeigten sich viele Kolleginnen und Kollegen hinsichtlich des Umfangs der von **Heinrich Hohlfeld** zusammengetragenen Preußen-Literatur, wobei seine Lieblingsfiguren

wie „Friedrich der Große“, Preußens schöne „Königin Luise“ oder auch Fürst Bismarck, der „eiserne Kanzler“, besonders ins Auge stachen. Nicht zu vergessen die wertvollen Bildbände, die noch immer von Preußens einstiger Größe zeugen. Da braucht es niemand zu verwundern, wenn **Heinrich Hohlfeld** im Kollegenkreis gern als der „letzte Preuße“ tituliert wurde, ein Mann, der durch seinen Fleiß, seine Redlichkeit, aber auch durch seine Sparsamkeit im Umgang mit den Geldmitteln des **BSBD** für viele ein leuchtendes Vorbild war.

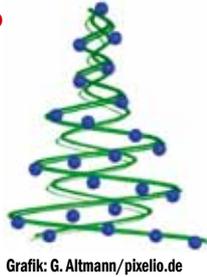
Zur Verfügung gestellt wurde die wertvolle Literatur-Sammlung durch die Tochter **Annette Hohlfeld**, die wiederum den Kollegen **Wilhelm Bokermann** gebeten hatte, die Bücher zur Erinnerung an ihren Vater an interessierte Kolleginnen und Kollegen kostenlos abzugeben. Der Gewerkschaftstag bot sich dafür als eine geeignete Plattform an. **Frau Hohlfeld** gilt für die großzügige Spende besonderer Dank. Ein Dankeschön gebührt gleichermaßen dem Kollegen **Detlef Frische**, der durch ein von ihm erstelltes Plakat wirkungsvoll auf den Büchertisch aufmerksam gemacht hat und der Mitarbeiterin der **BSBD**-Geschäftsstelle, **Regine Kunz**, die als Ansprechpartnerin und Sachwalterin zur Verfügung gestanden hat.



Satire!**Alles richtig gemacht?**

An die Justizbehörden des Landes  
**Betrieblicher Arbeitsschutz**

Aufgrund von § 5 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltung (Landesorganisationsgesetz) vom 10. Juli 1962, zuletzt geändert am 10. November 1984 (GV S. 904), hat der Justizminister des Landes im Auftrag der Landesregierung für seinen Geschäftsbereich die nachstehende Richtlinie erlassen.



Grafik: G. Altmann/pixelio.de

**Umgang mit Dienstweihnachtsbäumen**

Arbeitsorganisationsrichtlinien über die Handhabung und Verwendung von Nadelbäumen kleineren und mittleren Wuchses, die in Diensträumen Verwendung als Dienstweihnachtsbäume finden (ArbOrgRichtl. Dwbm)

**1. Dienstweihnachtsbäume**

Dienstweihnachtsbäume (Dwbm) sind Weihnachtsbäume natürlichen Ursprungs oder natürlichen Bäumen nachgebildete Weihnachtsbäume, die zur Weihnachtszeit in Diensträumen aufgestellt werden.

**2. Aufstellen von Dienstweihnachtsbäume**

Dienstweihnachtsbäume dürfen nur von sachkundigem Personal nach Anweisung des unmittelbaren Vorgesetzten aufgestellt werden. Dieser hat darauf zu achten, dass

- der Dwbm mit seinem unteren, der Spitze entgegengesetzten Ende in einen zur Aufnahme von Baumenden geeigneten Halter eingebracht und befestigt wird,
- der Dwbm in der Haltevorrichtung derart verkeilt wird, dass er senkrecht steht (in schwierigen Fällen ist ein zweiter Beamter hinzuzuziehen, der die Senkrechtstellung überwacht bzw. durch Zurufe wie „mehr links, mehr rechts“ usw. korrigiert),
- im Umfallbereich des Dwbm keine zerbrechlichen oder

durch einen umfallenden Dwbm in ihrer Funktion zu beeinträchtigende Anlagen vorhanden sind.

**3. Behandeln der Beleuchtung**

Die Dwbm sind mit weihnachtlichem Behang nach Maßgabe des Dienststellenleiters zu versehen. Weihnachtsbaumbeleuchtungen, deren Leuchtwirkung auf dem Verbrennen eines Brennstoffes mit Flammentwicklung beruht (sog. Kerzen), dürfen nur Verwendung finden, wenn

- die Bediensteten über die Gefahren von Feuersbrünsten hinreichend unterrichtet sind und
- während der Brennzeit der Beleuchtungskörper ein in der Feuerbekämpfung hinreichend unterwiesener Beamter mit Feuerlöschern bereitsteht.

**4. Aufführen von Krippenspielen und Absingen von Weihnachtsliedern**

a) In den Dienststellen mit ausreichendem Personal können Krippenspiele unter Leitung eines erfahrenen Vorgesetzten zur Aufführung gelangen. Zur Besetzung sind folgende in der Personalplanung vorzusehende Personen notwendig:

**Maria:** möglichst weibliche Bedienstete oder ähnliche Person

**Josef:** älterer Beamter mit Bart

**Kind:** kleinwüchsiger Beamter oder Auszubildender

**Esel u. Schafe:** geeignete Beamte aus verschiedenen Laufbahnen

**Heilige Drei Könige:** sehr religiöse Beamte

b) Zum Absingen von Weihnachtsliedern stellen sich die Bediensteten unter Anleitung eines Vorgesetzten ganz zwanglos nach Dienstgraden geordnet um den Dwbm auf. Eventuell vorhandene Weihnachtsgeschenke können bei dieser Gelegenheit durch einen Vorgesetzten in Gestalt eines Weihnachtsmannes an die Untergebenen verteilt werden.

**5. Erfahrungsbericht**

Die Dienststellenleiter werden gebeten, bis zum 31. März des darauffolgenden Jahres einen detaillierten Erfahrungsbericht auf dem Dienstwege vorzulegen. Insbesondere ist darauf einzugehen, ob hinsichtlich der Ziffern 2 und 4 Schwierigkeiten aufgetreten sind.  
Im Auftrag: *Dr. Fichte*

**Glosse****Tach auch**

*Justus V. Anonymus*

**Tach auch, Kollegen.**

Na, dat war ja wohl ein Schuss innen Ofen mit die neue Ausbildungsreform. 2009 isse rausjekommen, un jetzt soll se schon wieder reformiert werden.

Neulich hab ich den Jens auffe Abteilung jehabt, der jrad seine Ausbildung macht. Der sacht, datt es schon ein ziemliches Durcheinander anne Schule is. Die Lehrer wissen oft selbst nicht, wat se jrad unterrichten. Liegt dat jetzt an den Lehrern oder an der Prüfungsordnung? Offenbar sind die alten Lehrkräfte fast alle weg, und die neuen haben noch kei-

nen richtigen Plan. Dat sacht jedenfalls der Jens. Mich erinnert dat irgendwie an unsere Rechtschreibreform von voren paar Jahren. Seit dem weiß keiner mehr so genau, wie man alles richtig schreibt. Jott sei Dank habe ich damit überhaupt nix am Hut.

**Reform der Reform**

Neulich sachte unser Oberlehrer, dat die Franzosen nach der französischen Revolution Siebzehnhundertnoch watt eine Kalenderreform einjeführt hatten. Es wurden ganz neue Namen für die Monate erfunden, die Jahre wurden ab der Revolution neu jezählt und begannen wieder mit dem Jahr eins wie bei Jesus. Jeder Monat hatte genau dreißich Tage. Dat Blöde war, datt der Revolutionstach sich immer mehr in den Sommer ver-

schoben hätte. Deshalb mussten sie Erjanzungstage einfügen. Am Ende haben alle jesacht: „Dat is absoluter Kappes!“, und haben den alten Kalender wieder zurückjeholt.

Die Reform mit dem Euro war ja wohl auch nicht so prickelnd, sonst hätten wir jetzt dat Theater mit der Eurokrise nicht. Mal sehen, wie dat jetzt mit der Reform von der Reform von der Prüfungsordnung weiter jeht. Vielleicht führen se ja auch die alte Ausbildungsordnung wieder ein. Wär vielleicht nicht dat Schlechteste, meint der Jens.

So, liebe Kollegen, ich wünsch euch ein anjehmes und dienstfreies Weihnachtsfest im Kreise eurer Lieben und einen juten Rutsch ins Neue Jahr, ohne sich auf die Schnauze zu legen.

Ne schöne Jroß

*Justus V. Anonymus*



## Arbeitskreis Technischer Vollzugsdienst

## Jörg Winkens als Vorsitzender des Arbeitskreises verabschiedet

**A**nfang des Herbstes trat der Arbeitskreis Technischer Vollzugsdienst zu seiner ordentlichen Sitzung in der JVA Werl zusammen. Wichtige Themen des nordrhein-westfälischen Justizvollzuges im Allgemeinen und des Werkdienstes im Besonderen standen auf der Tagesordnung. Der Chef dieses Gremiums, Jörg Winkens aus Heinsberg, ist zwischenzeitlich zum Schriftführer des Landesverbandes gewählt worden und hat die Leitung des Arbeitskreises an Bernd Schreiber übergeben, der durch den BSBD-Gewerkschaftstag 2011 zum neuen Fachschaftsvertreter des Technischen Vollzugsdienstes gewählt worden ist.



Von links: Verwaltungsleiter Martin Wulfert, stv. BSBD-Landesvorsitzender Theo Wiczorek, Arbeitskreisvorsitzender Jörg Winkens und Regierungsdirektor Mattuschka aus dem Düsseldorfer Justizministerium.

Die Teilnehmer der Sitzung wurden durch den Verwaltungsleiter der JVA Werl, **Martin Wulfert**, begrüßt, der zunächst über die Einrichtung informierte. Die JVA Werl ist einer der größten Arbeitgeber in der Region. Entsprechend intensiv ist das Interesse der Öffentlichkeit an dem Geschehen hinter den hohen Gefängnismauern.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des **BSBD** NRW, **Theodor Wiczorek**, gab im Anschluss einen detaillierten Überblick über die derzeitige Situation im Strafvollzug des Landes und erläuterte die spezifischen Positionen des **BSBD**.

#### Besondere Schwerpunkte setzte er bei folgenden Themen:

- Stellenverteilung für den Justizvollzug. Zu diesem Diskussionsthema gab **Wiczorek** der Hoffnung Ausdruck, dass die Administration bei der Umsetzung der ermittelten Ergebnisse das erforderliche Fingerspitzengefühl beweisen möge. Ansonsten könne die Stellenverteilung zu einem ähnlichen Desaster ausarten, wie dies bei der alten Regelung der Fall war.

- Arbeitszeit- und Dienststundenregelung für Vollzugsbedienstete. Hier erwarte der **BSBD** Regelungen, die den leistungsstärksten Kolleginnen und Kollegen nicht noch zusätzliche Belastungen zumute.
- Bauprojekte im Justizvollzug NRW.
- Situation an der Justizvollzugsschule. Das Klima habe sich bislang noch nicht wesentlich verbessert. Die meisten Lehrkräfte strebten überwiegend in andere dienstliche Verwendungen. Für die Ausbildung habe dies zur Folge, dass wichtiges Knowhow verloren gehe und für die Wissensvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehe.
- Problematik beim Hinausschieben der Altersgrenze nach § 32 LBG. Hierzu gibt es noch keine grundlegende Haltung des **BSBD**. Die grundsätzliche Flexibilisierung der Altersgrenze und deren Orientierung an individuellen Bedürfnissen ist durchaus erwägenswert. Solange dadurch aber die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der nährückenden Kolleginnen und Kollegen beeinträchtigt werden, sei dies kein konfliktfreier Ansatz. Hier,

so **Wiczorek**, müsse der Gesetzgeber nachbessern.

- Personalratswahl 2012.

Der Gewerkschafter informierte, dass die Wahlen auf den 14. Juni 2012 terminiert worden seien.

Nach diesen Informationen diskutierte der Arbeitskreis die an den **BSBD**-Gewerkschaftstag 2011 gerichteten Anträge des Technischen Dienstes. **Jörg Winkens** erklärte in diesem Zusammenhang, dass er nach nunmehr 12 Jahren die **BSBD**-Fachschaftsvertretung Technischer Vollzugsdienst im **BSBD**-Landesausschuss abgeben werde. Er dankte allen Kollegen für die seit vielen Jahren währende gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. **Bernd Schreiber** hat zwischenzeitlich die Leitung der Fachschaftsvertretung Technischer Vollzugsdienst übernommen.

Mit großem Interesse folgten die Mitglieder des Arbeitskreises den Ausführungen von Regierungsdirektor **Mattuschka**, der aus dem Düsseldorfer Justizministerium angereist war, um über die Einführung einer neuen Dienstkleidung für den Justizvollzug zu referieren. Nach intensiver Diskussion über eine zeitgemäße, funktionsgerechte und an den veränderten Anforderungen moderner Betriebe angepasste Schutzkleidung sicherte der Düsseldorfer Fachmann zu, dass künftig im Rahmen dieser Vorschrift



Theo Wiczorek (li.) dankt Jörg Winkens für die langjährige Leitung des Arbeitskreises Technischer Vollzugsdienst: „Sie haben die Ihnen übertragenen Aufgaben stets mit Herzblut wahrgenommen und in Administration und Politik Problembewusstsein für die Laufbahn des Werkdienstes geschaffen. Dafür dankt Ihnen der BSBD-Landesverband sehr.“

möglichst Bundhosen und dazugehörige Jacken zur Verfügung gestellt werden sollten. Inwiefern dies alternativ auch für Latzhosen geltend könne, hänge davon ab, ob die Beschaffung künftig auf JVA-Produkte konzentriert werden könne. Die abschließende Besichtigung der Anstaltsbetriebe der JVA Werl zeigte in beeindruckender Weise die hohe Bedeutung modern organisierter Betriebe für die berufliche Qualifizierung und deren nicht zu unterschätzenden Beitrag, die gesetzlichen Ziele des Strafvollzuges zu realisieren. Am Ende der Arbeitskreissitzung dankte der stellvertretende **BSBD**-Landesvorsitzende **Theo Wiczorek** unter dem großem Beifall der versammelten Gewerkschafter dem Kollegen **Jörg Winkens** für dessen über einen langen Zeitraum erbrachte hervorragende Arbeit als Vorsitzender des Arbeitskreises Technischer Vollzugsdienst und übereichte ihm im Namen der Landesleitung einen Blumengruß.



Der Arbeitskreis „Technischer Vollzugsdienst“ bei der Beratung der Anträge zum **BSBD**-Gewerkschaftstag 2011.

Peter Wolff neuer Vorsitzender

## BSBD gewinnt Personalratswahl beim JVK Fröndenberg

**N**achdem die bisherige Personalratsvorsitzende Andrea Krehl (**BSBD**) wegen der Übernahme von Leitungsverantwortung den Vorsitz des örtlichen Personalrates niedergelegt hatte, ein anderes Personalratsmitglied für die Übernahme dieses Amtes allerdings nicht zur Verfügung stand, entschloss sich der Personalrat zum kollektiven Rücktritt, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Ende November hat die Wahl stattgefunden. Von den neun zu vergebenden Sitzen entfielen fünf auf den **BSBD**, drei auf eine freie Liste und 1 Sitz auf die gewerkschaftliche Konkurrenz von Ver.di. Anlässlich der konstituierenden Sitzung wurde Peter Wolff (**BSBD**) zum neuen Vorsitzenden gewählt, Nobert Rüller und Andrea Krehl (beide **BSBD**) zu stellvertretenden Vorsitzenden. Petra Würfel und Andre Hesse komplettieren die **BSBD**-Mannschaft im Personalrat des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg.

Mit diesem Wahlergebnis hat der **BSBD** seine Stellung als führende gewerkschaftliche Interessenvertretung beim Justizvollzugskrankenhause Fröndenberg weiter festigen und ausbauen können. Während der **BSBD** in der Gruppe der Beamten einen erdrutschartigen Sieg einfahren konnte, waren in der Gruppe der Beschäftigten Stimmenverluste zu verkraften. Viele Kolleginnen und Kollegen sprachen sich für eine gewerkschaftlich nicht gebundene Freie Liste aus.

Mit **Peter Wolff (BSBD)** übernimmt ein ausgewiesener Vollzugsfachmann die Leitung des Fröndenberger Mitbestimmungsgremiums. Er und seine Mannschaft sehen ihre wesentliche Aufgabe darin, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gegenüber der Krankenhausleitung und der Administration der Justiz wirksam und effektiv zu vertreten. Die Fröndenberger Personalvertretung kann sich dabei auf die Strukturen und

die Fachkompetenz der **Gewerkschaft Strafvollzug** stützen, was die Schlagkraft und die Durchsetzungsfähigkeit des



**Peter Wolff (BSBD)** ist neuer Personalratsvorsitzender beim Justizvollzugskrankenhause Fröndenberg.

Personalrats nachdrücklich verbessert. Durch eine ausschließlich an der Sache orientierte Aufgabenwahrnehmung wollen die **BSBD**-Vertreter auch all jene Kolleginnen und Kollegen überzeugen, die sich anlässlich der Wahl noch nicht für die **BSBD**-Listen ausgesprochen haben.

**Peter Wolff** sieht seine Aufgabe darin, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu bündeln, unterschiedliche Auffassungen und Meinungsgegensätze miteinander zu versöhnen und möglichst tragfähige Kompromisse entwickeln, damit ein gerechter Interessenausgleich in Verhandlungen mit der Leitung des JVK Fröndenberg realisiert werden kann.

Die Personalratswahl hat dem **BSBD** eine deutliche Stimmenmehrheit beschert. Dieser große Vertrauensbeweis wird für die **BSBD**-Mandatsträger Verpflichtung und Ansporn sein, den berechtigten Anliegen der Kolleginnen und Kollegen verstärkt Geltung zu verschaffen.

Für das den Kandidatinnen und Kandidaten des **BSBD** ausgesprochene Vertrauen bedankt sich der **BSBD** ganz herzlich.

Auch wenn der Personalrat überwiegend für die Wahrnehmung von Kollektivinteressen zuständig ist, so stehen die Mandatsträger des **BSBD** den Kolleginnen und Kollegen auch als hilfreiche Wegbegleiter und Ratgeber in einem schwierigen Berufsfeld gerne zur Verfügung.

OV Remscheid

## Der etwas andere Betriebsausflug

**W**enn man in seinem Arbeitsalltag räumlich doch stark begrenzt ist, dann sehnt man sich mitunter nach Weite und dem Gefühl von grenzenloser Freiheit. Von diesen Überlegungen fühlten sich auch drei Kollegen so inspiriert, dass sie es nicht bei Gedankenspielen belassen wollten. Sie setzten darauf, eines Tages einen ihnen angemessenen „Betriebsausflug“ realisieren zu können. Nach umfangreichen Vorbereitungen machten sie sich am 22. Oktober 2011 auf den Weg nach Tansania, um den höchsten Berg Afrikas, den Kilimandscharo, zu besteigen.

Zwischen dem Wunsch, einen lang gehegten Traum zu realisieren und ihn dann tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen, haben die Götter allerdings einige Schwierigkeiten gesetzt. Um zu überprüfen, ob die notwendige körperliche Fitness der drei Remscheider Protagonisten ausreicht, um sich dem kräftezehrenden Abenteuer zu stellen, bestieg die Gruppe bereits 2010 den Großglockner. Neben der Fitness sollte hier auch gete-

Der Kilimandscharo gilt als leichtester Berg der „Big Seven“. Eine erstaunlich große Anzahl von Gipfelstürmern macht sich deshalb jährlich auf den Weg, um den Berg zu bezwingen. So manchem der euphorisch startenden Höhenwanderer macht die Höhenkrankheit allerdings einen Strich durch die Rechnung, sie müssen aufgeben. Zu Beginn der Tour, die fünf Tage dauern wird, spricht der Bergführer von der Höhenkrankheit, von



Die Remscheider Kollegen am Ziel ihrer Träume. Der höchste Berg Afrikas ist bezwungen.

stet werden, ob man als Seilschaft zusammen passt.

Mit 3.798 m bot der höchste Berg Österreichs die erforderliche Herausforderung. Der pyramidenförmige Berg, der die Ostalpen beherrscht, wurde bereits 1800 erstmals bezwungen, hält allerdings beachtliche bergsteigerische Herausforderungen bereit, so dass auch heutzutage eine Besteigung mit Gefahren verbunden ist. Den Großglockner umstrahlt die Atmosphäre einer ungewöhnlichen Persönlichkeit, der sich auch die Remscheider Kollegen nicht entziehen konnten.

Nach dieser gemeinsamen Bergerfahrung war man sich sicher, auf die „afrikanische Herausforderung“ angemessen vorbereitet zu sein. Im Oktober ging es dann los. Selbst die Anreise hielt kleine und größere Schwierigkeiten bereit, so dass man sehr zufrieden war, als man am 24. Oktober 2011 den Aufstieg beginnen konnte.

leichter sei die Marangu-Route sicher nicht, nur bequemer, jeder habe eine reelle Chance, aber es könne auch jeden erwischen.

Unsere Remscheider Freunde bleiben von ersten gesundheitlichen Beeinträchtigungen verschont. Erst geht es vier Stunden durch den Dschungel, dann tauchen zwischen moosbehangenen Bäumen die Mandara Huts auf. Anderntags geht es die nächsten elf Kilometer durch eine Gras- und Heidelandschaft. Der Mawenzi, der etwas über 5000 Meter hohe Nebengipfel des Kilimandscharo, schiebt sich ins Blickfeld der Remscheider Gruppe. Alle hoffen, dass sich der Körper an die Höhe gewöhnt und zusätzliche rote Blutkörperchen für eine bessere Sauerstoffaufnahme produziert. Schließlich erreicht die Gruppe die Horombo Huts. Von hier soll am 28. Oktober 2011 der Aufstieg zum Gilman-Point auf 5690 m starten. Der Aufstieg beginnt kurz nach Mitternacht und dauert fünf, sechs Stunden. So sieht man die Sonne über Afrika aufgehen. Der Guide weckt die Gruppe mit heißem Kaffee. Es ist bitterkalt. Im Schein der Stirnlampen essen alle ein paar Happen, dann geht es los. Die Nacht ist windstill und sternenklar, ideale Bedingungen für den Aufstieg. Gegen 6.00 Uhr ist das erste Etappenziel des Tages erreicht. Nach einer ausgiebigen Pause beginnen die Remscheider Kollegen mit dem Gipfelsturm. Trotz Kopfschmerzen, Übelkeit und einigen Schwächeattacken wird der Uhuru Peak auf 5890 m nach wenigen Stunden erreicht. Der Name des Gipfels bedeutet übrigens Freiheitsberg und wurde ihm anlässlich der Unabhängigkeit Tansanias 1964 verliehen.

Zwischenzeitlich haben die Remscheider Kollegen ihren „Betriebsausflug“ beendet und ihre Arbeit im Strafvollzug wieder aufgenommen. Dort können sie ihren Kolleginnen und Kollegen davon berichten, wie die Welt aussieht, wenn man die Gefängnismauern etwas weiter hinter sich lässt.



Ein majestätischer Anblick: Der Kilimandscharo aus der Ferne.

# CDU für Mindestlohn!

Besteht erstmals eine Realisierungschance?

**D**ass jeder Mensch seinen Lebensunterhalt mit seiner Arbeitskraft finanzieren können muss, ist für Gewerkschafter ein eherner Grundsatz und soziales Menschenrecht. Bislang war es politisch noch nicht durchsetzbar, einen allgemeinen Mindestlohn in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen, von dem man leben kann und der eine indirekte Subventionierung der Wirtschaft vermeidet. DBB und BSBD setzen sich seit Jahren für einen allgemeinen Mindestlohn ein. Jetzt scheint diese Entlohnungsuntergrenze erstmals eine realistische Realisierungschance zu besitzen. Auf ihrem Leipziger Parteitag schwenkte die CDU mit großer Mehrheit auf die von Karl-Josef Laumann und Angela Merkel entwickelte Kompromissformel ein.

Die derzeit bestehenden Möglichkeiten der Festlegung von Lohnuntergrenzen in einzelnen Branchen haben sich nach Einschätzung von DBB und BSBD als unzureichend erwiesen. Besonders begrüßte der BSBD deshalb die Initiative des Bundesvorsitzenden der CDA, **Karl-Josef Laumann**, auf dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze für alle Branchen beschließen zu lassen. **BSBD-Chef Peter Brock** sieht in dem Vorstoß des CDA-Vorsitzenden eine gute Basis, in Branchen, in denen keine Tarifbindung



**BSBD-Vorsitzender Peter Brock begrüßte den Leipziger Beschluss der CDU ausdrücklich: „Bei etwas veränderten politischen Konstellationen besteht ab jetzt eine realistische Chance, Mindestlöhne tatsächlich durchzusetzen!“**

besteht und in denen Gewerkschaften wegen des geringen Organisationsgrades der Arbeitnehmer keine realistische Möglichkeit haben, eine Lohnuntergrenze im Verhandlungswege zu erreichen, einen Mindestlohn gesetzlich durchzusetzen.

Die durch die CDU mit 6,90 € beschlossene Lohnuntergrenze sieht der Gewerkschafter als diskussionswürdig an. **Brock** kann sich auch mit dem CDU-Vorschlag an-freunden, die Höhe durch eine Mindestlohn-Kommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern ermitteln zu lassen. **Brock:** „In den Branchen, in denen ein Kräftegleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht mehr besteht, muss der Staat dafür sorgen, dass eine angemessene Lohnuntergrenze gefunden wird. Diese Untergren-

ze ist aber auf jeden Fall so zu bemessen, dass der Lebensunterhalt ohne ergänzende Sozialleistungen bestritten werden kann“.

Nach Einschätzungen des BSBD-Vorsitzenden wäre ein solcher Mindestlohn auch für den Bereich des Strafvollzuges von wesentlicher Bedeutung. Zwar befindet sich die Teilprivatisierung vollzoglicher Leistungen auf dem Rückzug, doch fänden sich immer noch neoliberale Politiker, die in ideologischer Verblendung teure Experimente auch dann riskierten, wenn ein finanzieller Mehrwert kaum zu erwarten sei. „Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes verlieren die rechtlich sehr problematischen Teilprivatisierungen im Strafvollzug wesentlich an Attraktivität“, begrüßte **Peter Brock** das Umdenken der CDU beim Mindestlohn.

Dieser Wunschvorstellung hat sich der Bundesparteitag zwar nicht angeschlossen, doch ist er auf die **Merkel-Linie** eingeschwenkt. Die Christdemokraten bekannten sich auf dem Parteitag in Leipzig grundsätzlich zu flächendeckenden Mindestlöhnen. Die rd. eintausend Delegierten stimmten mit großer Mehrheit für Lohnuntergrenzen in Bereichen ohne Tarifvertrag. Es gab nur vier Gegenstimmen und acht Enthaltungen.

Zuvor hatte die Kanzlerin und Parteivorsitzende **Angela Merkel** massiv für diese Konsensformel geworben. Mit bewundernswerter Strategie und Taktik gelang es ihr einmal mehr, Arbeitnehmer- und Wirtschaftsflügel der Partei zusammen zu halten. „Niemand von uns will einen flächendeckenden, einheitlich politisch festgelegten gesetzlichen Mindestlohn“, formulierte **Merkel** und ermöglichte somit auch dem Arbeitgeberflügel die Zustimmung zum Kompromiss.

Damit sagt die CDU ja zu Mindestlöhnen, aber nein zu politischen Vorgaben. Eine Kommission aus Gewerkschaftern und Arbeitgebern soll in den Regionen die Lohnuntergrenze dort aushandeln, wo es keine Tarifverträge gibt. Richtschnur sollen dabei das Niveau sein, das durch die bereits geltenden Lohnunter-



**Ein Mindestlohn ist ein geeignetes Instrument, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer von ihrer Hände Arbeit tatsächlich leben können.**

grenzen in Deutschland in einigen Bereichen definiert ist. Auf die zunächst geplante und von dem CDA-Vorsitzenden **Laumann** favorisierte Orientierung am Stundenlohn der Zeitarbeit von rund sieben Euro pro Stunde wurde verzichtet.

Dass die durch den Parteitag vorgegebene Richtung noch in dieser Legislaturperiode in eine gesetzliche Regelung einmündet, gilt als wenig wahrscheinlich. Der Koalitionspartner **FDP** spricht sich vehement gegen Mindestlöhne aus. Sie seien Teufelswerk und ein schwerer Eingriff in die Tarifautonomie. Trotzdem dürfte sich der Leipziger Beschluss als überaus hilfreich erweisen, weil er der CDU-Führung neue Möglichkeiten der Mehrheitsbildung eröffnet, falls die Freidemokraten weiter an ihrem „politischen Suizid“ basteln sollten. Ein erhebliches Hemmnis auf dem Weg zu einer Großen Koalition auf Bundesebene ist jedenfalls aus dem Weg geräumt. Die Kanzlerin hat aber auch eine Lücke geschlossen, die ihr bei der nächsten Bundestagswahl hätte Probleme bereiten können. Die soziale Ausgewogenheit ihrer Politik kann nicht mehr so leicht in Zweifel gezogen werden und dem politischen Gegner ist ein Wahlkampfthema genommen worden, mit dem man beim Wähler hätte punkten können.



**CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat ihrer Partei beim Mindestlohn die Richtung vorgegeben.**

BSBD-Landesleitung im Gespräch mit der SPD

## Neues Dienstrecht ist ein großes Reformprojekt

**B**ereits kurz nach dem BSBD-Gewerkschaftstag suchte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Sven Wolf MdL, den Meinungsaustausch mit der BSBD-Landesleitung. In den zurückliegenden Jahren waren die in den 1990er Jahren sehr intensiven Kontakte etwas abgekühlt. Unvergessen ist die sehr ziel- und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit dem damaligen stv. SPD-Fraktionsvorsitzenden Ernst-Martin Walsken. Viele richtungweisende Reformschritte im Personal-, Dienstrechts- und Besoldungsbereich konnten seinerzeit zugunsten des Strafvollzuges und seiner Beschäftigten unternommen und realisiert werden. BSBD-Chef Peter Brock unterstrich eingangs des Gespräches das große Interesse des BSBD an der Fortführung einer konstruktiven Zusammenarbeit.

Sven Wolf bekräftigte sein Interesse an einem regelmäßigen für beide Seiten nutzbringenden Meinungsaustausch. Politik könne nur sinnvoll und effektiv gestaltet werden, wenn man die regelungsbedürftigen Fragestellungen und Probleme in ihrer ganzen Komplexität durchdrungen habe, erklärt der Sozialdemokrat. Von daher sei das Gespräch mit Betroffenen unverzichtbar.

Peter Brock sprach zunächst die Dienstrechtsreform an. Hierzu erreichten den BSBD sehr unterschiedliche Signale, erklärte der Vorsitzende. Durch den Übergang der Gesetzgebungskompetenz vom Bund auf die Bundesländer sei seit nunmehr fünf Jahren Stillstand hinsichtlich der strukturellen Weiterentwicklung der Laufbahnen des Strafvollzuges eingetreten. Allenthalben schalle es den Interessenvertretungen entgegen: „Das regeln wir im Rahmen der Dienstrechtsreform!“ Wenn dieses Reformvorhaben jetzt nicht zeitnah angegangen werde, so der BSBD-Chef, würden die berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, und das sei nicht akzeptabel.

MdL Wolf erklärte zu dieser Problematik, dass die Reform bereits im kommenden Jahr mit Hochdruck in Angriff genommen werden solle. Eckpunkte der Reform seien durch die Fraktion noch nicht festgelegt worden. Im Hinblick auf die Durchführung des Vorhabens werde das gleiche Verfahren gewählt, das sich bereits bei der Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes so überaus bewährt habe. Die Gewerkschaften sollen frühzeitig und maßgeblich beteiligt werden. Angesichts der Problematik, sehr unterschiedliche Laufbahnen – wie sie bereits in dem kleinen Bereich des Strafvollzuges anzutreffen seien – in ein neues System eingliedern zu müssen, sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion die frühzeitige Beteiligung des BSBD zu. Hier, so der Vorschlag, solle man in einen permanenten Meinungsaustausch eintreten.

Im Hinblick auf die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulaage“, der Rücknahme der Kürzungen bei der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) und der Verbesserung der Stellenobergrenzen im mittleren Verwaltungsdienst und den Laufbahnen des gehobenen



Am 08. Dezember 2011 trafen (von links) Ulrich Biermann, Peter Brock, MdL Sven Wolf, Fraktionsreferentin Andrea Soboll und Theo Wiczorek zu einem Meinungsaustausch zusammen. Foto: F. Sanker

Dienstes verwies der Parlamentarier auf die Beratungen zur Dienstrechtsreform. Es mache keinen Sinn, jetzt noch eine Übergangsregelung zu entwickeln, wenn das große Reformpaket in Kürze in Angriff genommen werde.

Seitens der Mitglieder der BSBD-Landesleitung wurde darauf hingewiesen, dass für die Laufbahngruppen des gehobenen und höheren Dienstes die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage bereits 2007 ausgelaufen sei und jetzt auch für die Laufbahngruppe des mittleren Dienstes ende. Wenn mit der Dienstrechtsreform die Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulaage“ wiederhergestellt werde, dann sei es ein Gebot der Fairness, auch für jene Personengruppe eine tragfähige Regelung zu finden, die wegen des Wegfalls der Ruhegehaltsfähigkeit ein niedrigeres Ruhegehalt bezögen. MdL Wolf sicherte zu, dass auch diese Problematik im Blick behalten werden müsse. Der BSBD werde aber ausgiebige Gelegenheit erhalten, diese Forderung vorzutragen. Hierzu wurde vereinbart, zu weiteren Gesprächen auch

Innenpolitiker der SPD-Fraktion hinzuzuziehen.

Peter Brock forderte den Parlamentarier im weiteren Verlauf des Gespräches auf, in seiner Fraktion nachdrücklich für eine einheitliche Arbeitszeit für alle Statusgruppen im öffentlichen Dienst des Landes zu werben. Im Schichtdienst des Strafvollzuges, so Brock, stellten sich aufgrund der unterschiedlichen Arbeiten immer wieder vermeidbare Probleme ein. MdL Wolf betonte, dass er sich für eine einheitliche Arbeitszeit einsetzen und verwenden werde.

Neben den dargelegten Personal- und Arbeitszeitfragen war ein weiteres bestimmendes Thema des Gesprächs die neue Dienstkleidung der Justiz und der von vielen Beschäftigten geäußerte Wunsch,

entsprechend den Polizeibeamten durch eine zentrale Ausgabestelle eingekleidet zu werden. Der BSBD-Vorsitzende Peter Brock wies darauf hin, dass zwischen dem Hauptpersonalrat Strafvollzug und dem Justizministerium zwar eine Kompromissformel entwickelt worden sei, der BSBD halte diese aber für nicht dauerhaft tragfähig. Der BSBD habe dem Justizminister deshalb vorgeschlagen, den Strafvollzugsbediensteten auf gesetzlicher Grundlage die Dienstkleidung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nur durch eine solche Regelung sei unausgesetzt sicherzustellen, dass eine einheitliche, funktionsgerechte Dienstkleidung eingeführt werde, mit der sich die Strafvollzugsbediensteten auch in der Öffentlichkeit sehen lassen könnten, ohne verständnislose Blicke von Passanten zu ernten. In etlichen kleinen Bundesländern seien vorbildliche Verfahren gefunden worden. Da müsste es doch Nordrhein-Westfalen möglich sein, eine sachgerechte Regelungsalternative zu entwickeln, warb der BSBD-Chef um Unterstützung.